

## „Schandfleck“

*Das lang erwartete vatikanische Dokument zur Schoa*

Elf Jahre hat man darauf gewartet, und doch kam der Tag der Veröffentlichung selbst für Insider überraschend. Am 16. März stellte der Vatikan ein bereits 1987 vom Papst angekündigtes Dokument zum Holocaust (Wortlaut vgl. ds. Heft, 189 ff.) der Öffentlichkeit vor. Titel „Wir erinnern: Eine Reflexion über die Schoa“.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung könnte sich dadurch nahegelegt haben, daß in der vierten Märzwoche in Rom nach vier Jahren erstmals wieder der offizielle jüdisch-katholische Dialog fortgesetzt wurde. Hätte ein Nichterscheinen dieses Dokumentes die Dialogrunde belastet? In der Form, in der sie nun erschien, wird die Erklärung das Gespräch allerdings kaum erleichtert haben (die Dialog-Runde fand erst nach Redaktionsschluß statt).

Das Dokument zur Schoa ist ein wichtiger Schritt unter jenen von Johannes Paul II. in „Tertio Millennio Adveniente“ mit Blick auf das bevorstehende Jahr 2000 angekündigten Bemühungen der katholischen Kirche, dunkle Aspekte der eigenen Geschichte aufzuarbeiten (vgl. HK, Oktober 1997, 487 ff.). Mit hohem Ernst und unzweideutiger Entschiedenheit vertritt das Dokument folgendes Anliegen: Es ist Vergebungsbitten und Zeichen der Reue angesichts einer tiefgreifenden Verwicklung in die Geschichte von Antisemitismus bzw. Antijudaismus. Es möchte versöhnend und heilend auf die Beziehungen zwischen Judentum und katholischer Kirche wirken.

In drastischen Charakterisierungen wird das Schicksal der Juden unter den Nationalsozialisten beschrieben: „unaussprechliche Tragödie, die niemals vergessen werden kann“; „fürchterlicher Völkermord“, gegenüber dem

„niemand gleichgültig bleiben“ könne; „eines der größten Dramen dieses Jahrhunderts“.

In einem begleitenden Brief an den Präsidenten der federführenden Kommission für die religiösen Beziehungen mit dem Judentum, Kardinal *Edward Cassidy*, sprach der Papst von einem „untilgbaren Schandfleck in der Geschichte des zu Ende gehenden Jahrhunderts“.

Zu den eindrücklichsten Passagen des Textes gehören jene, in denen die „spirituelle Verwandtschaft mit dem jüdischen Volk“ herausgestrichen wird. Weit über die Beziehungen zum Judentum hinaus von Bedeutung ist die Aufforderung, Katholiken sollten „zuerst das Bewußtsein der jüdischen Wurzeln ihres Glaubens erneuern“.

Die Deutlichkeit, mit der man Abscheu gegenüber den Verbrechen der Schoa beteuert, die Mitverantwortung der Christen für den weiteren Entstehungshintergrund und die unzureichende Hilfeleistung während der Nazizeit beteuert – all das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß zentrale Fragen unbeantwortet bleiben, bzw. man bei Antworten stehenbleibt, die der geschichtlichen Wirklichkeit nur unzureichend gerecht werden. Das Mitglied der jüdisch-katholischen Dialogkommission, der Aachener Akademieleiter *Hans Hermann Henrix*, urteilte: Das Dokument „bleibt ... eigenartigerweise auf halbem Weg stecken und bricht weg – sowohl historisch als auch theologisch“.

Da ist zum einen die Frage nach der Mitverantwortung der Kirche für die Entstehung des historischen Antisemitismus. Mit einem Zitat von Johannes Paul II. aus dem Jahre 1988 wird die „nachdrücklichste Verurteilung jedes Antisemitismus und jedes Rassismus“ (bekräftigt), „die den Prinzipien des Christentums zuwiderlaufen“. Das Schreiben unterscheidet zwischen einem rassistischen Antisemitismus und „seit Jahrhunderten andauernden gefühlsmäßigen Verdächtigungen und Feindseligkeiten“, dem Antijudaismus, dessen sich „leider auch Christen schuldig gemacht“ hätten.

Das Dokument nimmt eine Formulierung auf, die der Papst bereits im vergangenen Herbst in einer Ansprache vor Teilnehmern eines Kongresses verwandte: „In der christlichen Welt – ich sage nicht von seiten der Kirche als solcher – zirkulierten für zu lange Zeit irrierte und ungerechte Interpretationen des Neuen Testaments in bezug auf das jüdische Volk und seine angebliche Schuld und riefen feindselige Empfindungen gegenüber diesem Volk hervor“ (vgl. HK, Dezember 1997, 644 ff.; Januar 1998, 25).

Was die konkrete Hilfe für Juden in der Nazizeit angeht, ruft der Papst zum einen dazu auf, die Christen nicht zu vergessen, die geholfen haben. Zum anderen bedauert er mit einer allgemeinen Formulierung, daß „der geistige Widerstand und das konkrete Handeln anderer Christen nicht so“ gewesen sei, „wie man es von einem Jünger Christi hätte erwarten können“.

So deutlich die „Fehler und die Schuld“ der „Söhne und Töchter der Kirche“ aber auch bedauert werden – das Schreiben ist auffallend bemüht, die „Kirche als solche“ von dem Vorwurf der Verstrickung freizuhalten und die Schuld zu individualisieren.

Verwunderlich ist dies vor allem auch deshalb, weil ortskirchliche Stellungnahmen in dieser Frage bereits deutlich weitergegangen sind. In ihre Erklärung zur 50. Wiederkehr der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau (vgl. HK, März 1995, 134) nahmen etwa die deutschen Bischöfe eine Formulierung aus dem Wort der deutschsprachigen Bischöfe aus Anlaß des 50. Jahrestages der Novemberpogrome 1938 auf, in dem daran erinnert wird, „daß die Kirche, die wir als heilig bekennen und als Geheimnis verehren, auch eine sündige und der Umkehr bedürftige Kirche ist“ (HK, Dezember 1988, 568).

Besonders unbefriedigend, weil historisch anfechtbar und außerdem recht apologetisch geraten, sind Passagen, in denen nach der Verantwortung der Bischöfe in Deutschland und der Päp-

ste Pius XI. und Pius XII. gefragt wird. Auch was die Verantwortung der eigenen Vorgänger im Bischofsamt angeht, waren die deutschen Bischöfe kritischer als nun Rom.

Diese Einwände mindern nicht die Zustimmung zur Entschiedenheit, mit der sich die katholische Kirche hier gegen antisemitisches und antijüdisches Gedankengut stellt, die von Nazideutschland begangenen Verbrechen brandmarkt und die Verantwortung der christlichen Seite herausstellt.

Der Versuch, die Kirche als solche aus dem Schuldeingeständnis herauszuhalten, hat im übrigen möglicherweise weniger mit der Schoa und den Beziehungen zum Judentum zu tun, als mit einer Ekklesiologie, für die offenbar das Bekenntnis zur Heiligkeit der Kirche immer noch im Widerspruch zur Möglichkeit steht, als Kirche schuldig zu werden.

Das vorliegende Schoa-Dokument ist ein bedeutsamer Schritt in die richtige Richtung, aber eben nur einer, obendrein ein unzureichender auf dem Weg zu einer künftigen, die kirchliche Verantwortung deutlicher fassenden Haltung. Inwieweit etwa im Zusammenhang mit dem Jahr 2000 vom Papst selbst noch einmal eine (dann u.U. weitergehende) Äußerung zu diesem Thema kommen wird, bleibt abzuwarten.

nt

## Grenzen

*Sozialwort nicht mit übertriebenen Erwartungen belasten!*

Die Einjahresbilanz über die bisherige Wirkung und Rezeption des Ende Februar 1997 veröffentlichten Wirtschafts- und Sozialwortes der Kirchen gibt kaum Anlaß zu stürmischer Begeisterung. Allzusehr enttäuscht sollte jedoch auch keiner sein. Verständlich ist es durchaus, wenn sich weder die

Kirchenleitungen noch die vor allem im Konsultationsprozeß engagierten Gruppen, Organisationen und Verbände mit dem „Strohfeuer“ zufrieden geben wollen, das sich unmittelbar nach der Veröffentlichung des Wortes entzündet hatte: Das Sozialwort beherrschte die Schlagzeilen und in fast allen gesellschaftlichen und politischen Kreisen beeilte man sich, zumindest bei einigen Aussagen entschieden und öffentlichkeitswirksam den Kirchen beizupflichten.

Diese Phase breiter und demonstrativer Zustimmung, in der auch Bischof *Karl Lehmann* seine mittlerweile unzählige Male wiederholte Befürchtung äußerte, die Erklärung könne totgelobt werden, habe letztlich aber nicht zu einer intensiven und gründlichen Diskussion geführt. Das beklagten jetzt die Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD bei ihrer offiziellen „Zwischenbilanz“ anläßlich des Jahrestages der Veröffentlichung. Der erhoffte und angezielte breite Grundkonsens über tragende Werte und Zukunftsperspektiven unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist bislang nicht sichtbar, kein Konsens darüber, wie der vielbeschworene Reformstau aufzulösen wäre.

Auch eine spontane Umfrage der Katholischen Nachrichtenagentur bei einigen wichtigen Protagonisten des dem Wort vorausgegangenen Konsultationsprozesses, vor allem bei Vertretern der besonders engagierten katholischen Verbände, spiegelte *Enttäuschung* wider: Politisch habe das Wort bislang nichts bewirkt. Längst sei die Politik in die alten Gräben zurückgekehrt. Die meisten Kommentare in Funk und Presse zum Jahrestag gingen in die gleiche Richtung.

Hinter manchem Bedauern stecken allerdings unrealistische Erwartungen. Das Sozialwort sollte ebensowenig totgelobt wie überfordert werden. Daß die Kirchen sich in dieser Form in die aktuelle Debatte einmischten, war wichtig. Noch nie Gehörtes, gar Königswege aus der gegenwärtigen Krise des Landes konnten und wollten sie

nicht bieten. In den Kirchen hatte man zu Recht gefeiert, man habe sich mit diesem Wort und dem vorausgegangenen Konsultationsprozeß entschieden als Dialogpartner in die gesellschaftliche und politische Debatte eingebracht. Ihre Stimme wurde durchaus gehört, Zauberkraft hat sie nicht.

Kritiker, die sich, nachdem der erste Rauch verzogen war, des Papiers annehmen, wollten die Kirchen schon nicht mehr aus der Mitverantwortung für eine enttäuschende Rezeption entlassen: Die zahlreichen Sowohl-Als-auch-Aussagen hätten wohlfeile Zustimmung und Steinbruchlektüre geradezu provoziert. Und unbestritten ist das Sozialwort, nicht zuletzt weil es auch die polarisierte Diskussion im Konsultationsprozeß aufnehmen wollte und sollte, ein Kompromißpapier. „Prophetie“ aber, an der sich die Geister hätten scheiden müssen, war nicht nur nicht intendiert und zu erwarten gewesen. Sie hätte auch nicht mehr politische Wirkung entfaltet.

Verständlich ist auch die Enttäuschung der Kirchen, selbst die gründlicheren Leser hätten sich auf die analytischen Teile und die konkreten politischen Forderungen des Wortes bezogen. Kaum wahrgenommen habe man dagegen den eigentlichen Kern, die ethische und biblisch-theologische Grundlegung. Einer breiteren Öffentlichkeit aber wird dieser Teil, nicht nur der anspruchsvollen und unvertrauten Diktion wegen, schlicht fremd geblieben sein.

Gleichwohl ist für die bisherige Rezeption auch ein *Dilemma* verantwortlich, das die Kirchen schlicht nicht lösen konnten: Hätten sie sich auf Theologisch-Ethisches, auf allgemeine Postulate und Mahnungen beschränkt, wäre ihnen der Vorwurf des abstrakten, gar feigen Kanzelpathos kaum erspart geblieben. Die Entscheidung aber zu konkreten wirtschafts- und sozialpolitischen Äußerungen hat sie nicht nur dem Vorwurf der Kompetenzüberschreitung ausgesetzt. Erwartungsgemäß standen diese, meist wohlbekannten politischen Thesen auch im Zentrum der öffentlichen, wie inner-